

Archiv
des Vorstandes des Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands: P
28-6



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/49 - 28. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Spiel mit Milliarden</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	55
2	<u>Die Jugend und die SPD</u> Die Blöße Penkows	21
3 - 4	<u>Der dritte Mann</u> Der Nachfolger des Bundeskanzlers Raab Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frants	65
5 - 6	<u>Bilddokumente ordern Stellungnahme</u> Betrachtungen zu 196 Fotos in Schoenberners "Der gelbe Stern"	68
7	<u>Um einen Wahlsieger ärmer</u> Um das deutsche Auslandsvermögen in den USA	35

* * * * *

Spiel mit Milliarden

Von Heinrich G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Wenn der Deutsche Bundestag am 16. oder 17. März 1961 die Beratung des Bundeshaushalts 1961 beendet haben wird, dürfte ein Haushalt für das laufende Rechnungsjahr 1961 mit einer Endsumme verabschiedet sein, die nur noch wenig unter der 50-Milliarden-Grenze liegt. Bis zu 90 Prozent hiervon sind nach dem heutigen Stand der Dinge Leistungen, die auf Gesetz oder Vertrag beruhen.

In der Welt der Hoffnung auf Abbau der Subventionen, die der Bundesfinanzminister einmal mit 13 Milliarden DM bezifferte, floss inzwischen das Wasser der Erkenntnis. Sicherlich könnten nicht unerhebliche Mittel eingespart werden, wenn eine rücksichtslose Durchforstung erfolgt, aber die entscheidenden Summen galten Zwecken, die ohne Erschütterung des Sozialgefüges und der Kulturpolitik nicht gestrichen werden können. Darüber wird sich der Deutsche Bundestag sehr gründlich auseinandersetzen müssen.

Die Steuereinnahmen wachsen in unvorhergesehenem Maße. Durch ihr freiwilliges Opfer von 500 Millionen DM zugunsten der Entwicklungshilfe haben die Länder in diesem Jahre eine drohende Neuverteilung der Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer abgewehrt; 65 Prozent aller daraus fließenden Einnahmen gehören nach dem jetzigen Schlüssel den Ländern, 35 Prozent dem Bund. Unbestreitbare Tatsache ist, dass die Länder finanziell zur Zeit wesentlich günstiger daran sind als es der Bund ist. Es unterliegt bereits keinem Zweifel mehr, dass einflussreiche Kreise in der Bundesregierung und in der Fraktion der CDU/CSU daran denken, sowohl eine Neuverteilung des Ertrages aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer als auch eine Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer vorzunehmen.

Das Grundgesetz erlaubt es dem Bund, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer nur zugunsten des Bundes, nicht aber zugunsten der Länder zu erheben. Nach dem heutigen Stand würde ein solcher Zuschlag von 1 Prozent DM 250 Millionen einbringen. Wollte man eine Milliarde DM aus einem solchen Akt der Steuerpolitik gewinnen, dann müsste eine Ergänzungsabgabe von 4 Prozent erhoben werden. Wollte man vier Milliarden DM neue Steuern auf diese Weise erschliessen, dann würde dies einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer von nicht weniger als 16 Prozent erfordern.

Mit dieser Feststellung ist bereits aufgezeigt, dass das Spiel um Milliarden nicht auf dem Rücken der breiten Massen unserer Steuerzahler gespielt werden darf. Es ist aber auch an der Zeit, eine Warnung in anderer Hinsicht auszusprechen. Es gibt heute Leute, die mit Milliarden umgehen, als seien es Pfennige. Sie verkennen oder verwechseln die Tatsache, dass die ausreichende Deckung der Mark durch die Devisen- und Goldbestände bei der Deutschen Bundesbank nicht gleichzusetzen ist mit den Möglichkeiten des Haushalts des Bundes, der nach gesetzlicher Vorschrift nicht defizitär sein darf; sondern ausgeglichen sein muss. Solange das Sozialprodukt wächst, wachsen die Steuererträge. Wenn aber das Sozialprodukt einmal stagniert oder eine rückläufige Bewegung zeigt, sinken auch die Steuerleistungen.

Es ist erstaunlich, wie wenig an diese selbstverständliche Entwicklung gedacht wird. Noch erstaunlicher aber ist das Spiel um Milliarden als ob es keine Gefahr der Währungsverschlechterung gäbe. Schon jetzt bedeutet die sich in den Preissteigerungen ausdrückende leise Entwertung der Mark eine Gefahr für unsere Währung. Dieser Gefahr muss mit allen Mitteln begegnet werden. Mehr und mehr wird die Ausgabenwirtschaft des Bundes zu einem Politikum, das auch der letzte Staatsbürger begreifen sollte.

+ + -

Die Jugend und die SED

sp - Das Politbüro der SED hat einen Beschluss gefasst, den es nun bitter bereut. Danach sollte sich die Arbeit der kommunistischen "Freien deutschen Jugend" auf die Erfassung und Erziehung von Jugendlichen im Alter von 16 bis 22 Jahren beschränken. Dieser Beschluss hatte unvorhergesehene Auswirkungen. Viele Jugendliche über 22 Jahre nutzten diese Gelegenheit zum Austritt aus einem Verband, den sie nur durch Zwang angehört. Damit versetzte sich das Politbüro selbst eine schallende Ohrfeige, blieben doch seine Aufrufe, die über 22 Jahre alten Jugendlichen mögen ihre Erfahrungen den jüngeren Jahrgängen übertragen, ohne Erfolg. Diese Jugendlichen wollen sich nicht in den Dienst einer Sache stellen, von der sie nicht viel halten und der sie innerlich entfremdet sind. Die mitteldeutsche Jugend will eben mit den Zielen eines Regimes nichts zu tun haben, das sich zwar oft darauf beruft, es hätte die Zukunft gepachtet, aber es ist eine Zukunft, die nur so lange währt, solange sie von fremder Gewalt gestützt wird. - Im Flüchtlingsstrom von Mitteldeutschland nach dem Westen stehen junge Menschen an der Spitze. Dies und die Austritte aus der FDJ sind wohl der überzeugendste Beweis für die Unfähigkeit Pankows, die Jugend für sich zu gewinnen. - Ein Regime aber ohne die schöpferische Mitarbeit der Jugend bleibt auf Sand gebaut, es hat keine Zukunft.

+ + +

Der dritte Mann

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Auf schonende Anfragen seiner Freunde, wann er zurückzutreten gedenke, pflegte Bundeskanzler Raab zu sagen: "Solange' ich geh'n kann, geh' ich nicht!" Nun ist der siebzigjährige Kanzler doch im Begriff, sich in den verdienten Ruhestand zurückzuziehen. Nachdem er bereits vor einem Jahr seine Funktion als Obmann der ÖVP zurückgab und im vergangenen Herbst sodann seinen Rücktritt auch als Bundeskanzler angekündigt hat, wurden die führenden Kreise seiner Partei von so erwartungsvoller Nervosität erfaßt, dass Raab sich kürzlich genötigt sah, vom Krankenbett aus an eine Tagung von ÖVP-Spitzenfunktionären einen Brief mit einem konkreten Rücktrittsdatum zu richten: Am 11. April werde er demissionieren.

Der einstige grosse starke Mann der ÖVP hatte dabei noch so viel Autorität, dass er selbst seinen Nachfolger vorschlagen konnte, der dann auch tatsächlich von den führenden Funktionären einstimmig akzeptiert wurde. Es ist der derzeitige ÖVP-Parteiohmann und dritte Nationalratspräsident Dr. Alfons Gorbach, ein dreiundsechzigjähriger Politiker aus der Steiermark.

Dr. Gorbach, im Parlamentspräsidium nach Ing. Leopold Figl (ÖVP) und Franz Olah (SPÖ) der dritte Mann, ist auch der dritte Bundeskanzler der 1945 wiedererstandenen Republik Österreich. Von 1945 bis April 1953 war Figl Bundeskanzler, seither Ing. Julius Raab.

Mit Dr. Alfons Gorbach tritt nun eine Persönlichkeit in das Rampenlicht der österreichischen Politik, die bisher als wenig exponiert und damit auch als nicht allzu profiliert galt. Ein korrekter, lebenswürdiger Mensch, von den Parteifreunden seines Bundeslandes geschätzt und in den Nationalrat entsandt, wirkte er dort auf dem nicht sehr strapaziösen Posten eines dritten Präsidenten, bis er vor fast genau einem Jahr die Nachfolge Raabs als Parteiohmann der ÖVP anzutreten hatte.

Seit geraumer Zeit befand sich die ÖVP in einer inneren Krise, weil zur Bewältigung der auseinanderstrebenden Kräfte der aus drei ständischen Bündern zusammengesetzten Partei die schwindende Autorität des

kränklichen und vergrämten Obmannes Julius Raab nicht mehr ausreichte. Immer lauter wurde der Ruf nach einer "Reform" im Gefüge dieser Partei, worunter sich jeder zunächst ein Übergewicht für sich und seine Gruppe erhoffen konnte. So wurden die beiden wichtigsten Führer der ÖVP ausgetauscht: der Parteipobmann und der Generalsekretär. Der wenig ambitionierte Dr. Gorbach gelangte auf diese Weise zu unerwarteten Ehren und Würden.

Nun wird er am 11. April Bundeskanzler der Republik Österreich. Damit tritt ein Politiker die Nachfolge Raabs an, der ebenso wie dieser und dessen Vorgänger Figl für eine loyale Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei eintritt und diese Auffassung auch gegen die Scharfmacher in der eigenen Partei konsequent vertritt. Er gilt daher bei der SPÖ als maßvoller und der Verständigung geneigter Mann, der auch zu getroffenen Vereinbarungen steht.

Dr. Gorbach, der 1917 bei der zwölften Isonzoschlacht das rechte Bein verlor, gehörte 1938 zum ersten Transport österreichischer Politiker in das Konzentrationslager Dachau. Im gleichen Transport befanden sich Leopold Figl und der Sozialist Franz Olah. Das ganze heutige Nationalratspräsidium war also komplett dabei. Seither verbindet die drei Politiker eine persönliche Freundschaft, die zur weiteren fruchtbaren Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien, ÖVP und SPÖ, sicherlich beitragen wird. Dies umso mehr, als Dr. Gorbach sich auch in seiner "Regierungserklärung" vor den führenden ÖVP-Funktionären mit allem Nachdruck für die Fortsetzung der Koalition ausgesprochen hat, die, wie er betonte, dem Lande ungeheuren Nutzen gebracht habe und zur Bewältigung kommender Aufgaben notwendig sei. Den in den Reihen seiner Partei auftretenden Kritikern an der Koalition versprach er "Reformen", jedoch bei voller Wahrung des Grundsatzes demokratischer Zusammenarbeit. In ähnlichem Sinne äusserte sich auch der Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs Dr. Alfred Maleta.

Der zu Versöhnlichkeit und zu gerechtem Ausgleich neigende künftige Bundeskanzler Dr. Gorbach ist bisher auf ruhige und besonnene Art mit dem scharfmacherischen Flügel seiner Partei fertig geworden. Er strebt nicht eine Bürgerblock-Koalition mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) an, sondern will vielmehr die Wähler dieser Partei für die ÖVP gewinnen, den Bürgerblock also innerhalb seiner eigenen Partei verwirklichen.

Bilddokumente fordern Stellungnahme

H.G.S. - Das Thema der Judenverfolgung ist in Büchern, Zeitschriften und Illustrierten so häufig diskutiert worden, es erschienen so viele Dokumente und Dokumentationen, dass sich selbst der brennend an diesen Fragen interessierte politische Beobachter oft eine Ruhepause wünschen möchte, um das Gelesene und Gesehene in aller Ruhe auf seine Konsequenz durchdenken zu können. Noch fehlte im deutschsprachigen Buchbereich eine Sammlung eindeutiger Film- und Bilddokumente. Sie liegt mit Gerhard Schoenberners "Der gelbe Stern" (Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945) im Verlag Rütten und Loening, Hamburg jetzt vor.

Der junge Autor hat eindeutige, unstreitige Dokumente in Bild und Text aus Archiven in Berlin, London, Paris, Amsterdam, Belgrad, Prag, Warschau, Auschwitz und Koskau zusammengetragen. Er hat unter ca. 10 000 Fotos 196 Bilddokumente ausgewählt. Dabei kam es nicht darauf an, ob diese Bilder aus "Ost" oder "West" stammten. In der Zeit, als die Fotos gemacht wurden, war der geographische Begriff noch kein politischer Begriff wie in unseren Tagen, sondern "wertneutral". Freilich nicht wertneutral gegenüber dem Leid, dem Grauen und der Menschenvernichtung.

Es soll hier nicht auf das Buch selbst eingegangen werden, das als erstes es wagt, die Schandtaten des dritten Reiches vor unsere Augen zu bringen. Es soll einmal nur die Wirkung von Fotos beschrieben werden, die man vielleicht aus falscher Scham, aus Ungläubigkeit oder aus dem Gefühl heraus verborgen hat, dass man derartige Dinge nicht publizieren könne, weil Sadismus stets nur die Krankheit einzelner sei und in perverse Bereiche gehöre. Wie sie aber doch breite Massen erfasste, das ist Beitrag zum "deutschen Mysterium" und zum jüdischen Martyrium. Nur wer sich mit den Augen, und mit den Augen des Herzens und der Seele diesem Geschehen stellt, hat das Recht, sich von ihm innerlich frei zu machen. Die Fotos sind von den Mördern aufgenommen und zeigen sie sehr häufig bei ihren Schamlosigkeiten und Misshandlungen. Die Opfer, die auf diesen Bildern gezeigt werden, leben nicht mehr. Die Mörder beziehen vielleicht irgendwo unerkannt Pension oder tragen wieder ihre damals verliehenen Orden.

Es ging so "harmlos" an: der geeinte Wille zum Hitlergruss ge-
reckter Hände. Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Spiegel, der mit der
Tafel durch die Strasse gehen muss: "Ich werde mich nie mehr bei
der Polizei beschweren". Die SA vor den jüdischen Geschäften, zum
Boykott aufrufend (noch zweisprachig, damit die englischen Leser
ihrer Warntafeln nicht unnötig erschreckt würden!) Die Frau, die
unter SA-Leuten am Strassengranger mit der Tafel um den Hals stehen
muss, auf der geschrieben steht: "Ich bin am Ort das grösste Schwein
und lass mich nur mit Juden ein!" Perverse "Späßchen" einer halb-
polizeilichen Rotte, deren rauhes, aber "herzliches" Seelenleben sich
zwischen Kommissmoral und sexuellem Sadismus in "absoluten Gehor-
sam" und "vaterländischer Pflichterfüllung" pervertierte.

Die Folgen?

Die Bilder zeigen sie uns in seitengrossen Fotos erschreckend:
Synagogenbrände und Judenaustreibungen, Gewaltanordnungen mit dem
Siegel eines Staates, Folterszenen, Gewalttaten, Erschiessungen, Er-
hängungen. Endlich: Leichenberge, Todesmühlen, verhungerte Kinderges-
ichter, nackte Frauen, die von SS gehetzt werden mitten in ihre
Todesgrube, unter dem Gelächter ihrer Peiniger.

Auf Seite 163 Eichmanns Gesicht neben Heydrich, Höss und Kramer.
Spitzbubengesichter von unbeschreiblicher intellektueller oder
primitiver Vertiertheit. Die beiden Typen des fanatisierten politischen
Mordes: der Drahtzieher und der Handlanger. Die Gesichter der Opfer:
schmal, eingefallen, passiv, euphorisch manchmal. Die Gesichter ihrer
Henker: geil vor Mordlust, aktiv in kranhendem Leder, Orden, Schnallen,
Stiefeln, Sauberkeit und Uniform. Der "gelbe Stern", der den Opfern
angeheftet wurde, vereint sie beide: unzertrennlich. Er machte aus
Menschen Engel und Teufel in scharfer Cäsar.

Man wünschte, dieses Buch nicht betrachten zu müssen, es
nie gesehen zu haben. Man wird nicht nur eine Träne weinen müssen.
Nicht über die Opfer, deren man nur in stummen verbissenen Schmerz
gedenken kann. Über die Mordbuben, die unser Vaterland hervorbrachte,
und die unsere Sprache sprechen, die Sprache Goethes und Albert
Schweitzers, die Baecks und Walther Rathenaus. Wie konnte es kommen?

Um einen Wahlschlager ärmer

sp - Wenn führende amerikanische Politiker vor der Bonner Bundespressekonferenz sich zu Rede und Antwort stellten, hatten sie mit Sicherheit eine Frage stets zu erwarten, die Frage nach der Regelung des deutschen Auslandsvermögens in den Vereinigten Staaten. Diese Frage wird in Zukunft überflüssig sein. Sie ist, wie man aus den verschiedensten Nachrichten erfahren kann, nun entschieden.

Der neue amerikanische Präsident Kennedy hat, wie die stets gut unterrichtete "New York Times" zu berichten weiss, dem deutschen Außenminister anlässlich seines USA-Besuches zu verstehen gegeben, seine Regierung denke nicht daran, das in den USA während des Krieges beschlagnahmte deutsche Vermögen wieder freizugeben oder die früheren Eigentümer zu entschädigen. Ein von der Regierung Eisenhower im Jahre 1957 gegebenes Versprechen, es könne doch noch zu einer Regelung kommen, sei für ihn nicht bindend. Brentano hat - wenn auch zögernd - diese bittere Pille schlucken müssen und damit von der Bundesregierung gehätschelte Illusionen zerstört. Es gehörte zu ihren Gepflogenheiten - und besonders vor Wahlen - der deutschen Öffentlichkeit zu versichern, diese Angelegenheit sei noch nicht ausgestanden. Noch kürzlich nährte sie die Hoffnung auf eine Entschädigung, indem sie von ihrem Vier-Milliarden-Angebot an die USA 900 Millionen als Entschädigung für die früheren deutschen Eigentümer zurückbehalten wollte. Die USA winkten kühl ab. Keine USA-Regierung wäre in der Lage, eine solche Regelung im Kongress durchzusetzen.

Diese für Bonn gewiss nicht erfreuliche Angelegenheit ist ein klassisches Schulbeispiel für die Abhängigkeit der Bundesregierung von mächtigen Kapitalsinteressen. Nicht immer stellten sich die Vereinigten Staaten gegenüber den Bonner Wünschen auf Entschädigung taub. Sie haben wiederholt Entschädigungen bis zur Höhe von 10 000 Dollar (rund 40 000 Mark) pro Entschädigungsfall angeboten. Damit wäre das Gros aller enteigneten deutschen Eigentümer in den USA gerecht zu entschädigen gewesen - ausgenommen die Grossvermögen. Dieses Angebot hat die Bundesregierung unter dem Druck mächtiger Kapitalsinteressenten ausgeschlagen, eben in der nun endgültig zerflossenen Hoffnung, sie könne sich durch ihre unelastische, die Kleinbesitzer missachtende Haltung die Gunst dieser Interessenten erhalten. Diese Rechnung ging nicht auf, sie erwies sich als Fehlspekulation, übrig bleibt ein gründlicher Reinfall und ein selbstverschuldetes Ärgernis der Bonner Diplomatie.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler